



Übergabe des Tätigkeitsberichts 2021/2022 der Landesbeauftragten:

Birgit Neumann-Becker:

„Der aktuelle Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die verschärften Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft in Russland und Belarus zeigen auf eine beklemmende Weise die Aktualität der Aufgaben der Landesbeauftragten: das SED-Unrecht aufzuarbeiten, über Wesen und Gefahren von Diktaturen zu informieren und den SED-Verfolgten durch Beratung und die Vertretung ihrer Anliegen beizustehen. Viele von ihnen sind von der aktuellen Situation mehrfach betroffen: hinsichtlich ihrer prekären sozialen Lage, aber auch hinsichtlich der russischen Propaganda und Geschichtslügen, die schlimme Erinnerungen wecken.“

Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, hat dem Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dr. Gunnar Schellenberger, ihren Tätigkeitsbericht 2021/2022 fristgerecht übergeben. Auf knapp 250 Seiten informiert sie über die Arbeit ihrer Behörde in den Bereichen Opferberatung, Aufarbeitung und Forschung, Erinnerung und Bildung.

Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hatte 2019 neue Rehabilitierungsmöglichkeiten für politisch Verfolgte eröffnet, die insbesondere für Beratungen zu Rehabilitierungen genutzt wurden. Und doch ist die Zahl der persönlichen und telefonischen Beratungen der Landesbeauftragten 2021 auf rund 2.600 zurückgegangen. Der Grund liege in der Corona-Pandemie, erklärte Neumann-Becker. Wegen der notwendigen Hygieneregeln waren Beratungen nur nach telefonischer Anmeldung möglich und konnten vielfach auch nur telefonisch erfolgen. „Das ist unpersönlicher und stellt für viele traumatisierte SED-Opfer eine Hürde dar“, so Neumann-Becker. Doch weiterhin besteht ein großer Beratungsbedarf. Dies hat die rege Nachfrage bei den Telefonforen gezeigt, die die Landesbeauftragte zusammen mit der Mitteldeutschen Zeitung und der Volksstimme 2021 durchgeführt hat.

Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden für Betroffene von SED-Unrecht bleibt weiterhin schwierig. Obwohl bereits im Jahr 2019 vom Deutschen Bundestag ein Prüfauftrag an die Bundesregierung ergangen war, ist hier noch

keine Verbesserung eingetreten. Die Landesbeauftragte unterstützt deshalb die Anregung der Bundes-Opferbeauftragten zur Einführung einer Vermutungsregelung, die eine erhebliche Erleichterung der Verfahren bedeuten würde und die bereits seit langem im Bereich der Entschädigung von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung angewandt wird.

Als großen Erfolg für die Opfer wertet Neumann-Becker die Vereinbarung der neuen Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt, einen Härtefallfonds für Opfer des SED-Unrechts zu schaffen. Damit könne, so Neumann-Becker, Betroffenen in finanziellen Notlagen konkret geholfen werden. Denn gerade SED-Opfer befinden sich häufig in wirtschaftlich prekärer Lage, etwa weil sie durch die Verfolgung gesundheitlich geschädigt oder traumatisiert wurden oder weil das SED-Regime ihnen den angestrebten Berufsweg versagt hatte. In Zeiten von hoher Inflation und dramatisch steigenden Energiepreisen verschärft sich deren finanzielle Notlage weiter.

Eine Zäsur bei der Aufarbeitung bildete 2021 der Übergang der Stasi-Unterlagen vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv. Diese Veränderung führt jedoch nicht zu einer Einschränkung der Zugänglichkeit der Stasi-Akten für die Betroffenen und die Forschung. Neumann-Becker dankte dem letzten Bundesbeauftragten Roland Jahn für die sehr gute Zusammenarbeit in den letzten dreißig Jahren und zeigt sich zuversichtlich, dass sich dies auch mit dem Bundesarchiv so fortsetzt. „Wir hoffen“, sagte Neumann-Becker, „dass sich die Bearbeitungszeiten verkürzen, weil lange Wartezeiten für viele Betroffene eine große Belastung darstellen. Insbesondere die Bearbeitungszeiten in Bezug auf notwendige Auskünfte im Zusammenhang mit Rehabilitierungsverfahren müssen sich beschleunigen. Der Transfer des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv und der Archiv-Neubau der Außenstelle in Sachsen-Anhalt wird von der Landesbeauftragten im dafür berufenen Beratungsgremium mit begleitet.“

Die Landesbeauftragte hat auch 2021 zahlreiche Forschungsprojekte initiiert und gefördert. Ein Meilenstein ist das im Juli gestartete Forschungsprojekt „Gesundheitlichen Langzeitfolgen von SED-Unrecht“, das in zwölf Teilprojekten von den Universitätsklinika Magdeburg, Jena, Leipzig und Rostock durchgeführt wird. Am 3. Dezember 2021 fand im Rahmen dieses Projekts das Kick-off-Meeting in Magdeburg statt. Die Landesbeauftragte ist Co-Sprecherin des Fachbeirats, der für das Verbundprojekt berufen wurde und der die Forschung in die Öffentlichkeit kommunizieren soll.

Eine zentrale Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, die Erinnerung an das SED-Unrecht und zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich zu fördern. Die Landesbeauftragte unterstützt, fördert und kooperiert deshalb auf vielfältige Weise mit Opferverbänden, Initiativen und auf diesem Gebiet tätigen Vereinen, etwa bei Informations- oder Gedenkveranstaltungen. Nach jahrelangen Bemühungen konnte mit Unterstützung der Landesbeauftragten und nach einem Stadtratsbeschluss eine Bürgerinitiative aus Zeitz im September 2021 am dortigen Gewandhaus eine Gedenktafel für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft feierlich einweihen.

Mit der digitalen Karte „Orte der Repression in Sachsen-Anhalt von 1945 bis 1990“ ist am 9. November 2021 ein innovatives Erinnerungsprojekt gestartet. „Ich bin besonders stolz darauf, dass dieses Projekt von unseren jungen Mitarbeitern im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) fast in Eigenregie realisiert wurde“, erklärte Neumann-Becker. Die technische Umsetzung erfolgte in Kooperation mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sach-

sen-Anhalt. Die Kennzeichnung der über das ganze Land Sachsen-Anhalt verstreuten Repressionsorte mit ca. 430 Datensätzen macht auch auf lokaler Ebene die jüngste Vergangenheit konkret und nachvollziehbar.

Die Landesbeauftragte unterstützt die lokale Erinnerungsarbeit am Grünen Band, ist als Co-Sprecherin im Austausch mit den Trägern und berichtet dem Landtag in den entsprechenden Ausschüssen.

Auch im vergangenen Jahr hat die Landesbeauftragte trotz der Coronabedingungen wieder Schulprojekte und zahlreiche Informationsveranstaltungen für die Öffentlichkeit durchgeführt. Dabei ist insbesondere das zweitägige Halle-Forum zu nennen, an dem ca. 60 Personen teilnahmen, weitgehend ehemalige politische Häftlinge. Thema des Halle-Forums war „Zersetzung – Psychologie im Auftrag der Staatssicherheit. Folgen – Aufarbeitung – Rehabilitation“.

Auch in Zukunft wird sich die Landesbeauftragte besonders für die Anerkennung und Wertschätzung der Opfer von SED-Unrecht einsetzen und für weitere Verbesserungen bei den Rehabilitierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Opfer werben. So gibt es für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen der Stasi bei der Anerkennung große Hürden, weil der dokumentarische Nachweis dafür sehr schwierig ist. Die Landesbeauftragte hofft, mit der Lockerung der Corona-Maßnahmen wieder vermehrt zu persönlichen und niedrigschwelligen Opfer-Beratungen zurückkehren zu können. Durch die Lockerungen werden auch Schul- und Bildungsprojekte mit Zeitzeugen und andere analoge Veranstaltungen in einem größeren Umfang möglich. So findet am 29. und 30. April d. J. in Kooperation mit der Union der Opferverbände der Kommunistischen Gewaltherrschaft in Magdeburg die Tagung „Geraubte Heimat! „Aktion Ungeziefer“ – 70 Jahre Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze“ als Hybrid-statt und ist schon jetzt ausgebucht.

Die Themen der Landesbeauftragten spiegeln sich in vielfältigen Medienberichten wider, so in einem Beitrag zu den Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Weiden: „Europas tödlichste Grenze. Vergessene Opfer des Kalten Krieges“ (Deutschland / Österreich / Tschechische Republik, 2021) und einem weiteren Beitrag zur Rehabilitierung von Inhaftierten in Jugendhäusern: „Verlorene Kindheit – weggesperrt in der DDR“ (3sat-Beitrag am 13.4.2022, 20.15 Uhr).

„Auch 2021 sind wir bei unserem Einsatz für die Opfer der SED-Diktatur und bei der Aufarbeitung ein Stück vorangekommen“, ist Neumann-Beckers Fazit. „Doch das Ergebnis wird stark getrübt durch die Ereignisse in der Ukraine. Diese zeigen, dass Demokratie und Menschenrechte hart erkämpft werden müssen. Dazu leistet meine Behörde mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und den in die Zukunft gerichteten Bildungsprojekten und der Erinnerungsarbeit einen Beitrag. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wird deutlich, wie wichtig eine umfassende Geschichtsbildung für politische Entscheidungen und Einschätzungen sind.“